

## Der Tschekist und seine Oligarchen

Autoritärer Koloss: Putins Russland im Systemwiderspruch

von Henning Schröder

Noch kurz vor den Wahlen haben sich Gerhard Schröder und Wladimir Putin getroffen und die deutsch-russische Freundschaft wie Gas durch eine Pipeline strömen lassen. Doch was wissen wir von Russland?



**Anna Politkovskaja:**  
*In Putins Russland.*  
DuMont Literatur  
und Kunst Verlag,  
Köln 2005.  
314 Seiten, € 19,90.

In den vergangenen beiden Jahren haben sich die Beziehungen zwischen Russland und der Außenwelt fühlbar verschlechtert. Die Kritik der OSZE an den Wahlen 2003 und 2004, die Grenzstreitigkeiten mit den neuen EU-Mitgliedern Estland und Lettland, der „Offene Brief“ namhafter westlicher Politiker und Publizisten, die erklärten, dass „die jetzige russische Führung sich von den demokratischen Kernwerten der euroatlantischen Gemeinschaft“ losgesagt habe – all das sind Symptome politischer Entfremdung.

Der wachsende gegenseitige Argwohn speist sich aus einer Reihe von Enttäuschungen. Die russische Führung musste feststellen, dass die Regierung Bush die erheblichen Zugeständnisse, die Putin nach dem September 2001 gemacht hatte, nicht honorierte. Auch das Verhalten Polens und der baltischen Staaten, nunmehr Mitglieder von EU und NATO, hilft nicht, in Russland Vertrauen zu Europa zu wecken. Die Aktivitäten der EU-Staaten in der GUS werden von der Regierung Putin als Bedrohung der eigenen Interessensphäre betrachtet.

Auf der anderen Seite ist die westliche Öffentlichkeit über russische Menschenrechtsverletzungen im Tschetschenien-Krieg entsetzt, und sie beobachtet alarmiert, wie das Putin-Regime immer stärker autoritäre Züge annimmt. Auch Russlands ambivalente Haltung gegenüber Weißrussland und seine problematische

Rolle während der „farbigen“ Revolutionen in Georgien und in der Ukraine nährt das Misstrauen der europäischen Politik. Eine Reaktion der Putin-Regierung war die unlängst erfolgte Gründung des englischsprachigen Satellitenfernsehsenders „Russia Today“, der der internationalen Öffentlichkeit ein positives Bild des neuen russischen Staates vermitteln soll. Auch die russische Führung hat begriffen, dass die Veränderung des Russland-Bildes im Westen Politik beeinflusst. In dieser Atmosphäre aufgeheizten Meinungskampfs ist der Bedarf an sachlicher, differenzierter Information hoch. Insofern ist es von Nutzen, dass in den letzten Monaten vier Arbeiten russischer Autoren auf deutsch erschienen sind, die uns eine Innensicht russischer Politik vermitteln – eine Innensicht allerdings, die die skeptische Haltung des Westens in vielen Punkten bestätigt.

Anna Politkovskaja ist eine renommierte Journalistin, die engagiert über den Tschetschenien-Krieg berichtet hat und heute, in der gelenkten Öffentlichkeit der Putin-Ära, immer stärker ins Abseits gedrängt wird. Ihr Buch, das sie explizit für „den Westen“ geschrieben hat und das zuerst auf Englisch erschien, entwirft in einer Reihe von Reportagen ein grelles Bild russischer Wirklichkeit. Die erbärmlichen Zustände in den Streitkräften, die Verlogenheit der Militärbürokratie, die Irrungen der Rechtsprechung, die Verflechtung von „Business“, Kriminalität und Justiz

und der zynische Umgang mit den Opfern des Terrors – das sind ihre Themen. Breiten Raum nimmt der Budanow-Prozess ein, in dem die Unmenschlichkeit des Tschetschenien-Krieges, die Verdorbenheit des militärischen Alltags und die Perversion der Rechtsprechung wie in einem Brennspiegel zusammengefasst sind. Oberst Budanow hatte ein tschetschenisches Mädchen als angebliche Terroristin festgenommen, vergewaltigt und ermordet. Drei Anläufe brauchte die russische Justiz, um den Offizier seiner Strafe zuzuführen. Am Beispiel des Swerdlowsker Unternehmens Uralchimmasch zeigt die Autorin, wie Lokalpolitik, Wirtschaftskriminalität und örtliche Polizei bei der Übernahme eines Betriebes Hand in Hand arbeiten. Und wenn sie das Schicksal der Opfer der Moskauer Geiselnahme im Fall „Nord-Ost“ schildert, beschreibt sie damit auch den alltäglichen Rassismus der Behörden.

Die Menschenverachtung des Staates ist das Kernthema ihrer Reportagen, die in einer scharfen Verurteilung des Regimes und des Präsidenten gipfeln: „In Russland hat es schon Führer mit ähnlicher Weltanschauung gegeben“, schreibt sie. „Dies hat zu Tragödien geführt. Zu großem Blutvergießen. Zu Bürgerkriegen. Und das will ich nicht. Deswegen mag ich diesen typisch sowjetischen Tschechisten nicht, der über die roten Teppiche des Kremls zum russischen Thron schreitet.“ (S. 304) Anna Politkovskajas Urteil ist emotional und kompromisslos. Putin – der „typisch sowjetische Tschechist“ – ist für sie der Verantwortliche für die Misere Russlands. Mag sein, dass dies nur die halbe Wahrheit ist. Aber die Fälle, die das Buch schildert, sind Wirklichkeit, die Tatsachen nachprüfbar.

Die Soziologin Olga Kryschtanowskaia nähert sich der russischen Wirk-

lichkeit von einer anderen Seite. Die Leiterin des Sektors Elitenforschung am Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften befasst sich seit 1989 mit der Analyse der sowjetischen Oberschicht. Als sich die UdSSR Ende 1991 auflöste, untersuchte ihre Abteilung den umfassenden Elitenwandel, der sich in Russland im Übergang zur Marktwirtschaft und mit dem Aufbau eines auf Wahlen basierenden politischen Systems vollzog. Es war Kryschtanowskaia, die als erste Mitte der neunziger Jahre die neue „Businesselite“ wissenschaftlich beschrieb und den Begriff der „Finanzoligarchie“ prägte, der – polemisch gewendet – als „die Oligarchen“ umgehend Eingang in die politische Auseinandersetzung fand.

Die vorliegende Monographie fasst die Ergebnisse 15-jähriger Arbeit zusammen. Indem die Autorin die Entwicklung der sowjetischen bzw. russischen Führungsschichten von Breschnew bis Putin verfolgt, entwirft sie zugleich eine Geschichte der russischen Transformation. Auf Basis umfangreicher biographischer Studien identifiziert sie vier „Elitenkohorten“: die letzte (Breschnewsche) sowjetische Elite, die Gorbatschowsche Kohorte, die Jelzin-Kohorte und die Putin-Kohorte, die sich alle in Herkunft, Zusammensetzung und Verhalten unterscheiden. Zwei Phänomene, denen das Buch spezielle Aufmerksamkeit widmet, sind für den westlichen Leser von besonderem Interesse – die Modernisierung und Militarisierung der Staatsführung unter Putin und die Herausformung der Businesselite. Kryschtanowskaia zeigt, wie nach der Amtsübernahme durch Putin 1999/2000 immer mehr Schlüsselpositionen mit Personen besetzt wurden, die aus den Streitkräften oder aus den Geheimdiensten stam-



**Olga Kryschtanowskaia:** *Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin.* Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005. 281 Seiten, € 19,90.



**Lilia Shevtsova:**  
*Putin's Russia.*  
Carnegie  
Endowment for  
International Peace,  
Washington 2005.  
457 Seiten, \$ 19,95.

men. Die Autorin bringt dies in Zusammenhang mit dem Versuch des Präsidenten, eine „Vertikale der Macht“ aufzubauen – eine Hierarchie politisch-bürokratischer Herrschaft, die auf Befehl und Gehorsam basiert.

Für Kryschtanowskaia führt diese „Militarisierung“ zu einer Sowjetisierung der Eliten, da die ehemaligen Militärs und Geheimdienstler die Konterbande überkommenen sowjetischen Denkens in den neuen Staat einschleusen. Das Gegenbild zu dieser etatistisch orientierten Machtelite ist für die Autorin die Businesselite, die die neuen Rahmenbedingungen – Marktwirtschaft und Eigentum – rasch und erfolgreich nutzte, um sich Vermögen und Einfluss zu verschaffen. Die Autorin skizziert ihren Aufstieg in der Gründerzeitatmosphäre der neunziger Jahre und die politische Rolle, die eine Reihe von Magnaten in der Jelzin-Ära spielten. Und sie beschreibt schließlich auch, wie das Verhältnis von Politik und Geschäftswelt unter Putin neu geordnet und die Priorität der Machtvertikale gegenüber den Wirtschaftseliten durchgesetzt wurde. Olga Kryschtanowskaia fasst Phänomene, die Anna Politkovskaja im Reportagestil farbig schildert, in die Sprache der Soziologie und stellt sie in den historischen Zusammenhang. Insofern ergänzen sich beide Studien – Politkovskaja emotionalisiert, Kryschtanowskaia erklärt die gesellschaftlichen Zusammenhänge.

Entwirft die Studie der Soziologin Kryschtanowskaia ein Bild des sozialen Wandels in Russland über die letzten 15 Jahre, konzentriert sich Lilia Shevtsovas Analyse der Putin-Ära, die nun in einer zweiten, aktualisierten und erheblich erweiterten Fassung vorliegt, auf den politischen Prozess der Jahre 1999 bis 2005. Shevtsova bezeichnet ihre Studie aus gutem Grund in der Einleitung als

„politisches Tagebuch“. Denn anders als in früheren Arbeiten der führenden russischen Politikwissenschaftlerin, die lange Jahre in reformorientierten Thinktanks arbeitete, verzichtet die Autorin auf akademische Distanz. Sie beschreibt die Herausbildung des Systems Putin aus einer Perspektive begleitender Beobachtung. Schritt für Schritt analysiert Shevtsova den Ausbau der Putinschen Machtvertikale in der ersten Amtszeit, seine Wirtschaftsreformen und die außenpolitischen Aktivitäten. Die Entwicklung des Regimes begreift sie als Fortschreiten von einem „oligarchischem“ zu einem „bürokratischen Autoritarismus“. Putins Politik charakterisiert sie als die Verbindung zweier an sich inkompatibler Projekte – einerseits hält er an traditionellen Herrschaftsvorstellungen fest, andererseits betreibt er eine durchgreifende Modernisierung der Wirtschaft.

Der Widerspruch zwischen den beiden Politikstilen schafft, so Shevtsova, systemische Widersprüche – zwischen der konservativen politischen Klasse und der dynamischen Gesellschaft, zwischen liberalen Wirtschaftspolitikern und Staatsbürokraten, zwischen Westorientierung und etatistischer Verharrung. Das Bild, das die Autorin vom heutigen Russland entwirft, ist differenzierter und vielschichtiger als die bittere Reportage von Politkovskaja und die Elitenanalyse von Kryschtanowskaia. Auch Shevtsova registriert eine Renaissance sowjetischer Herrschaftsmuster, doch sie interpretiert sie als Teil eines komplexen politischen Prozesses. Und so schließt sie ihr „politisches Tagebuch“ trotz aller Kritik am System Putin mit einem Satz, der dem Leser noch ein wenig Hoffnung lässt: „Auch wenn es sich dahinschleppt, so bewegt es sich doch, und ich glaube, es bewegt sich in die Zukunft.“ (S. 407)

Dmitri Trenin ist ein Kollege Lilia Shevtsovas am Moskauer Carnegie-Zentrum. Früher sowjetischer Offizier, befasst mit Fragen der Abrüstungspolitik, ist er heute einer der führenden russischen Experten für Außen- und Sicherheitspolitik. Die vorliegende Studie, die 2002 unter dem Titel „The End of Eurasia“ in Moskau erschien, ist der Versuch, Russlands Stellung in der Welt neu zu bestimmen. Trenin geht es in diesem Buch um eine Selbstverortung des neuen russischen Staates im historischen Kontext. Er will „die geopolitischen Prozesse in den umfassenderen Zusammenhang der postkommunistischen, postimperialen Umgestaltung Russlands ... stellen“ und damit zugleich eine Antwort auf die Frage nach der russischen Identität geben (S. 28). Der Autor hat sein Material in drei Abschnitten organisiert. Im ersten thematisiert er die Erfahrung imperialen Aufstiegs in der Zarenzeit und in der Sowjetära, die Erosion des sowjetischen Imperiums und die ersten unsicheren Schritte postimperialer Politik.

Der zweite Abschnitt behandelt die drei relevanten Räume – die drei „Fronten“, wie Trenin sie nennt –, in denen russische Außenpolitik agieren muss. Zur westlichen Front zählt er neben den traditionell zum Westen gerechneten Staaten West-, Mittel- und Nordeuropas den „neuen Westen“, zu dem Trenins Auffassung nach die Staaten des EU- und NATO-Erweiterungsraums gehören, und die geographisch westlichen GUS-Staaten Weißrussland, Ukraine und Moldawien. Der „Süden“ spannt sich vom Nordkaukasus (mit Tschetschenien als akutem Brennpunkt) über das Kaspische Meer bis nach Zentralasien. Zum „fernöstlichen Hinterhof“ zählt er die russisch-chinesischen Grenzregionen und die Kurilen als Ort, an

dem sich russische und japanische Interessen überschneiden. Der dritte Abschnitt schließlich befasst sich in doppeltem Sinne mit Integration – mit der Integration der russischen Regionen und ihrer Ethnien in den Gesamtstaat und mit der Integration Russlands in die Weltgemeinschaft.

Bereits der Aufbau der Studie zeigt den durchaus eigenständigen Denkansatz des Autors, der bereit ist, eingefahrene Wege geostrategischen Denkens zu verlassen und nach eigenen, originellen Konzepten zu suchen. Letztlich sieht er drei Optionen russischer Politik: einen aus antiwestlichem Sentiment gespeisten Isolatismus, einen „gemäßigten Isolatismus“, der auf eine begrenzte Kooperation mit den USA und der EU setzt, und schließlich ein politisch und wirtschaftlich gesundetes Russland, das auf Unabhängigkeit besteht, sich jedoch dem europäischen Binnenmarkt annähert und eine Sicherheits- und Energiepartnerschaft mit den USA eingeht. Während die erste Option, so Trenin, die Vergangenheit und die zweite die Gegenwart repräsentiert, so verlangt die dritte von Russland selbst eine intellektuelle Wende und ein politisches Umdenken. Mit ihrer Umsetzung in unmittelbarer Zukunft rechnet der Autor nicht. Dmitri Trenin hat ein nachdenkliches Buch geschrieben, ein Buch, das geopolitische Muster ergründen will und sich dabei der geopolitischen Schwätzerei verweigert.

Anna Politkovskaja, Olga Kryschtanowskaja, Lilia Shevtsova und Dmitrij Trenin stehen für eine Kultur des politischen Diskurses, der eine europäische Dimension hat. So unterschiedlich ihre Denkansätze sind, vereint sie doch die skeptische Distanz zum System Putin. Doch gerade in ihrer scharfen – und scharfsinnigen – Kritik russischer Verhältnisse stel-



**Dmitri Trenin:**  
*Russland. Die gestrandete Weltmacht.*  
Murmann Verlag,  
Hamburg 2005.  
351 Seiten,  
€ 24,90.

len sie ein Positivum für das Land und seine Gesellschaft dar. Sie repräsentieren ein liberales intellektuelles Russland, dem die internationale Öffentlichkeit mit Recht Respekt zollt.

### Der Blick aus dem Westen

Wie ihre russischen Kollegen beurteilen auch westliche Analytiker die russische Entwicklung im gegenwärtigen Stadium eher skeptisch. Davon zeugt der Tagungsband, den Yitzak Brudny, Jonathan Frankel und Stefani Hoffman herausgegeben haben, und der im Manuskript Anfang 2004 abgeschlossen wurde – gerade in der Phase, als die Verhaftung des Finanzmagnaten Michail Chodorkowski und die Dumawahlen 2003 in den USA und Westeuropa für einen Stimmungsumschwung sorgten. Die Beiträge des Bandes sind in drei Abschnitte gegliedert, von denen der erste in einem Vergleich die Lehre aus den postsozialistischen Prozessen in Osteuropa zu ziehen versucht, der zweite die Strukturprobleme thematisiert, mit denen der Transformationsprozess in Russland konfrontiert ist, und der dritte die Entwicklung des politischen Systems unter Jelzin und Putin behandelt. Der Vergleich der Entwicklungen in Polen, Ungarn, Tschechien, den baltischen Ländern, der Ukraine, Russland und den Staaten Zentralasiens zeigt, dass sich das kommunistische Erbe, die fehlenden zivilgesellschaftlichen Traditionen, die Überindustrialisierung, der Prozess der „Staatsbildung“ und des Nation Building, den die Staaten auf dem Boden der früheren Sowjetunion erst vollziehen mussten, sich auf die Umgestaltung des politischen und ökonomischen Systems auswirkten und die Entfaltung demokratischer Strukturen behinderten.

Nach Ansicht der Autoren ist direkte Übernahme „westlicher“ Mo-

delle unter solchen Rahmenbedingungen undurchführbar. Valerie Bunce bringt es auf den Punkt, wenn sie formuliert: „Demokratie hat sich in anderen Kontexten als äußerst fragile Unternehmung erwiesen“ (S. 69). Die Inventarisierung der Strukturprobleme Russlands, die Marshall Goldman und Theodore H. Friedgut vornehmen, zeigen die großen Hindernisse, mit denen Wirtschaft und Gesellschaft konfrontiert sind. Die Beiträge des dritten Abschnitts schließlich beleuchten die Diskussionen um eine russische „Identität“, die Herausbildung des „asymmetrischen“ russischen Föderalismus in den neunziger Jahren und die mangelhafte Entwicklung des Parteiensystems, notwendiger Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Gewiss bietet ein Band wie der vorliegende zunächst eine politische Momentaufnahme.

Doch gerade jene Beiträge, die die Verfasstheit des sozialen und politischen Systems untersuchen, weisen darüber hinaus. Sie zeigen, unter welchen Bedingungen sich Transformation in Russland vollzieht, und in welcher Weise historisch gewachsene Strukturen auf politische Prozesse einwirken. Peter Rutland hat das in seinem einleitenden Essay mit pessimistischem Unterton als Fazit formuliert: „Die Ereignisse von 2003 haben mit Sicherheit den Hoffnungen des Westens ein Ende gesetzt, dass sich Russland in einem Prozess befinde, der es zu einem ‚normalen‘ Land mit Regierungsformen nach europäischem Muster machen werde. Die Abweichungen von den Standards demokratischen Verhaltens lassen sich nicht länger den Geburtswehen einer neuen demokratischen Gesellschaft zuschreiben. Vielmehr ist deutlich geworden, dass das vor über einem Jahrzehnt entstandene politische System von Geburt an deformiert war“ (S. 18).



**Yitzak M. Brudny, Jonathan Frankel und Stefani Hoffman (Hrsg.):** *Restructuring Post-Communist Russia.* Cambridge University Press, Cambridge 2004. 286 Seiten, € 59,50.

Ein kritischer Ton durchzieht auch den Sammelband, den Erich G. Fritz, Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, herausgegeben hat. Die Publikation vereint eine Reihe russischer und deutscher Experten, die ihre Position zur russischen Entwicklung darstellen. Zu den Autoren gehören etwa Wladimir Ryschkow, einer der wenigen liberalen Abgeordneten im russischen Parlament, Heinrich Vogel, früher Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, und Ruslan Grinberg, der Direktor eines Moskauer Akademie-Instituts.

Was den Band jedoch vor anderen deutschen Publikationen auszeichnet, ist der Umstand, dass es dem Herausgeber gelungen ist, eine Reihe aktiver deutscher Politiker aus verschiedenen politischen Lagern als Autoren zu gewinnen. Wolfgang Schäuble, Friedbert Pflüger, Claudia Nolte und Erich G. Fritz analysieren Russland von einem christlich-demokratischen Standpunkt aus, Gernot Erler bewertet Moskaus Kaukasus-Politik und die russische Transformation als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Jens Siegert, der Vertreter der Böll-Stiftung in Moskau, skizziert seine Einschätzung der Menschenrechtsfrage, und Markus Ingenlath, der bis vor kurzem die entsprechende Position bei der Konrad-Adenauer-Stiftung innehatte, erörtert die Lage der Religionsgemeinschaften.

Indem der Band so Autoren verschiedener politischer Lager in der Diskussion über die russische Ent-

wicklung zusammenführt, entsteht ein interessanter Band, der zwar über Russland selbst keine dramatischen neuen Aufschlüsse bringt – in wesentlichen Aussagen stimmen die Autoren des Sammelbands mit der Kritik von Anna Politkovskaja, Olga Kryschtanowskaja und Lilia Shevtsova überein. Doch die Publikation vermittelt einen guten Eindruck davon, wie Russland in der deutschen politischen Klasse wahrgenommen wird. Offenbar setzen sich eine Reihe von Abgeordneten des Bundestags intensiv mit der inneren Entwicklung und der auswärtigen Politik Russlands auseinander. Und alle Politiker – quer durch die politischen Lager – beobachten die Schwächung demokratischer Prinzipien im System Putin mit Skepsis. Bei aller Sorge – und das wird insbesondere aus dem Beitrag von Wolfgang Schäuble deutlich – nimmt die deutsche Politik Russland jedoch als Partner ernst.

Der Band zeigt, dass die Beziehungen zwischen Russland und „dem Westen“ schwierig geworden sind. Russlands innere Entwicklung wird mit Sorge wahrgenommen. Das darf nicht als Russophobie verstanden werden – und es darf nicht in Russophobie umschlagen. Russland ist ein europäischer Nachbar und ein wichtiger Partner europäischer Politik. Aber gerade deshalb ist auch eine kritische Auseinandersetzung mit problematischen Entwicklungen in diesem Land vonnöten.

Dr. Hans-Henning Schröder, geb. 1949, ist apl. Professor, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.



**Erich G. Fritz (Hrsg.):** *Russland unter Putin. Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?* Athena Verlag, Oberhausen 2005. 248 Seiten, € 19,50.

## Jenseits von Françafrique

Wie Paris' desaströse Afrika-Politik einen Kontinent ruiniert hat

von Helmut Strizek



**Antoine Glaser und Stephen Smith:**  
*Comment la France a perdu l'Afrique.*  
Calmann-Lévy, Paris  
2005. 278 Seiten,  
€ 18.

Kaum jemals zuvor sind das von de Gaulle geschaffene französisch-afrikanische Sonderverhältnis und sein endgültiges Scheitern am Ende des Kalten Krieges so brillant beschrieben worden. Heute, so der Buchtitel und das inhaltliche Fazit, habe Frankreich „Afrika verloren“. Die beiden Journalisten Antoine Glaser und Stephen Smith, jeder eine Afrika-Kapazität, haben ihre Erlebnisse, Recherchen und Archivstudien zu einem spannend zu lesenden Band zusammengeführt.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass es nicht in Frankreichs Interesse war, ein immer nach Rohöl riechendes Netzwerk aus Diplomatie, Geheimdiensten und Energieindustrie, häufig als „Françafrique“ apostrophiert, so lange am Leben erhalten zu haben. Sie stimmen damit im Prinzip, allerdings in abgewogener Form, mit dem als Chef der Nichtregierungsorganisation „Survie“ geradezu manisch Frankreich denunzierenden, jüngst verstorbenen François-Xavier Verschave überein. Diese Übereinstimmung ist vor dem Hintergrund der noch kurz vor seinem Tod von Verschave gegen Smith verfassten Polemik („Nérophobie“, 2005) erstaunlich. Sie richtet sich gegen ein Buch von Smith aus dem Jahr 2003 mit dem Titel „Négrologie“. Die schwere Kritik an Smith ist insoweit erklärlich, als Verschave nicht mehr erlebt hat, dass Smith – vielleicht unter dem mäßigenden Einfluss von Antoine Glaser – seine Zornesschrift eines enttäuschten „weißen Afrikaners“ etwas relativiert hat. Inhaltlich bleibt aber, dass Smith die Verantwortung Frankreichs für die Ruanda-Ka-

tastrophe – sie spielt in diesem Buch nur eine sehr untergeordnete Rolle – anders einschätzt als Verschave. Für den von Mitterrand enttäuschten Linken Verschave war dessen Fortführung der Politik de Gaulles, auf die der Militärpakt mit dem Regime von Präsident Habyarimana zurückging, den Verschave im Gegensatz zu Smith als alleinige Ursache des ruandischen Völkermords ansieht, eine moralische Sünde.

Die Sonderbeziehungen zum französischen „Jagdrevier“ im frankophonen Afrika haben sich nach Glaser und Smith inzwischen tot gelaufen. Die Agonie begann „um 1994“ mit dem Tod von Félix Houphouët-Boigny, der Abwertung des Franc CFA, der Katastrophe in Ruanda, dem anschließenden Bruch zwischen dem „afrikakalten“ Balladur und dem Altgaullisten Chirac und schließlich dem Verkauf der staatlichen Anteile und der Privatisierung des Ölkonzerns Elf 1997. Frankreich verfügt seither über kein wirklich effizientes Instrument zur „Förderung“ seiner Interessen. Denn auch die französische Militärpräsenz war nur mit Hilfe des politischen, zudem vom Geheimdienst dominierten Elf-Netzes wirksam – dafür stand besonders der Name seines Afrika-Chefs André Tarallo. Premierminister Balladur tat in seiner Amtszeit von 1993 bis 1995 sein Bestes, um das von ihm als unrentabel eingeschätzte Afrika-Engagement zu reduzieren.

Als endgültiges Todesdatum von „Françafrique“ wird das militärische Eingreifen französischer Kampfhubschrauber in Abidjan gegen antifranzösische Demonstranten in der Nacht

vom 6. zum 7. November 2004 angesehen. Damit wurde ein Vordringen zum französischen Militärcamp verhindert. Vorausgegangen war die Zerstörung der ivoirischen Luftwaffe auf Befehl Chiracs am 5. November 2004. Dies war eine Vergeltungsmaßnahme für den Tod von neun französischen Soldaten durch ivoirische Regierungstruppen beim Versuch, die abtrünnige Regionalhauptstadt Bouaké unter Bruch des gültigen Waffenstillstandsabkommens wieder zu erobern: „Für die Autoren des Buches ist klar, dass ‚Françafrique‘ nicht an den Folgen einer späten Reaktion der französischen Zivilgesellschaft gestorben ist, sondern am französischen Zögern, sich Afrika und der Welt, die sich beide tief greifend verändert haben, anzupassen“ (S. 24).

Damit war die Konzeption de Gaulles, mit Hilfe Afrikas und der Force de Frappe die Weltmachtrolle Frankreichs zu begründen, gescheitert. Man hatte sich die französische Präsenz sowohl militärisch als auch zivil einiges kosten lassen. De Gaulle hatte nach 1958 mit Jacques Foccart einen Mann in den Elyséepalast geholt, der mit größter Hingabe die Pflege der französisch-afrikanischen Sonderbeziehung als „*éminence grise*“ bei völliger persönlicher Integrität zu seiner Lebensaufgabe machte. Das Wirken Foccart bis zu seinem Tod 1997 ist der rote Faden des Buches, das die gesamte Geschichte französischer Afrika-Beziehungen schildert. Foccart war „über 30 Jahre lang die Schlüsselperson der französisch-afrikanischen Verbindung im Schatten de Gaulles und später seiner Erben“. Seine Macht war die „Verbindung des Gaullismus der Libération, der Geheimdienste und von ‚Elf-Africaine‘ in einer Person“. Wie Foccart und einige andere Schlüsselfiguren zusammengewirkt haben, um einerseits

die französischen Ölintereessen etwa in Gabun zu verteidigen und andererseits die nachkoloniale Ordnung im Kalten Krieg mit Hilfe militärischer Eingriffe zu sichern, ist spannend zu lesen.

Mit dem Fall der Mauer sei dieses System in sich zusammengebrochen, Frankreich sei nun „out of Africa“, Amerika dagegen in. Überraschend ist die positive Bewertung der Bush-Administration, die sich für die Sicherung amerikanischer Interessen bei der Ausbeutung des neuen afrikanischen Ölsegens, aber auch für den Kampf gegen AIDS einsetzt. Unterbelichtet bleibt hingegen die Analyse der Ära Clinton. Denn hätten Clinton und Madeleine Albright – zuerst als UN-Botschafterin, dann als Außenministerin – die von James Baker (mit der faktischen persönlichen Verabschiedung Mobutus im März 1990) und Mitterrand (mit seiner Grundsatzzrede in La Baule im Juni 1990) schon eingeleitete vorsichtige, auf Kooperation mit afrikanischen Reformbewegungen beruhende Demokratisierungspolitik in Afrika weiter geführt, statt eine neue Generation von Militärregimes aufzubauen, dann müssten die Autoren heute nicht – was in Frankreich ja einem Sakrileg gleichkommt – eine neue Kooperation mit Amerika zum Vorteil Afrikas und Frankreichs empfehlen. Doch Glaser und Smith haben damit Recht.

Positiv hervorzuheben ist, dass das Buch einen Index enthält, was in Frankreich bei derartigen Büchern noch immer die Ausnahme ist. (Verwunderlich ist hingegen, dass in der Karte auf Seite 269 die Großen Seen falsch lokalisiert sind.)

Dr. Helmut Strizek, geb. 1942, befasst sich seit 1973 in Forschung und Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika.